

# Wahlprogramme für Bremen 2015 – Was sagen sie zum Thema Pflege?<sup>1</sup>

SPD	CDU	Die Grünen	Die Linke	FDP
<p><u>Für Tarifverträge in der Pflege:</u></p> <p>S. 20: „Dass sich in Bremen 13 Pflege-Anbieter zusammengeschlossen haben, um mit der Gewerkschaft ver.di einen einheitlichen Tarifvertrag abzuschließen, ist ein erster Schritt, der dazu beitragen wird, dass der Wettbewerb in der Pflege zukünftig statt über den Preis mehr über die Qualität ausgetragen wird.“</p> <p><u>Gegen kirchlichen Sonderweg im Arbeitsrecht z.B. der Pflege:</u></p> <p>S. 21: <i>Kurzgefasst</i><sup>2</sup>: Kein „Zwei-Klassen-Arbeitsrecht“ – Angleichung des kirchlichen Arbeitsrechts an allg. Arbeitsrecht.</p> <p><u>Mehr Altenpflegeausbildung (mit EU-Mitteln):</u></p> <p>S. 30: „.....die Zahl der Ausbil-</p>	<p><u>Häusliche Pflege Angehöriger und deren Hilfe zur Selbsthilfe stärken:</u></p> <p>S. 38 ff: „Würdevolle Pflege ermöglichen“ „Ein besonderes Augenmerk setzen wir auf die häusliche Pflege und die aufopferungsvolle Tätigkeit pflegender Angehöriger. Wir wollen die häusliche Pflege und die Hilfe zur Selbsthilfe aufwerten und stärken. Im Land Bremen existiert schon heute mit den Pflegestützpunkten, den Dienstleistungszentren sowie einer Vielzahl von staatlichen und privaten Beratungs- und Hilfseinrichtungen und Selbsthilfegruppen ein dichtes Netzwerk zur gesundheitlichen und allgemeinen Versorgung und Beratung im Alter. Dieses Netzwerk muss im Interesse der Seniorinnen und Senioren in Bremen und Bremerhaven weiter verdichtet und spezialisiert werden.“</p> <p><u>Pflegeberuf attraktiver</u></p>	<p><u>Unterstützung für studierende Pflegepersonen:</u></p> <p>S 58: „Studierende mit Kind, mit zu pflegenden Angehörigen oder Handicaps bedürfen unserer besonderen Unterstützung.“</p> <p><u>Private Pflege als Arbeit verstehen:</u></p> <p>S. 83: „Im Mittelpunkt grüner Politik steht der Mensch mit seinen Kompetenzen und mit seinem Potenzial. Unter Arbeit verstehen wir aber nicht nur Erwerbsarbeit, sondern ausdrücklich auch Hausarbeit, Versorgungs-, Sorge- und Pflegearbeit sowie Gemeinwesenarbeit.“</p> <p><u>Innovative Projekte für Ältere fördern, Quartierszentren mit 24-h-Pflegebereitschaft einführen:</u></p> <p>S. 90 f: „Wir werben für das</p>	<p><u>Pflegerische Versorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge:</u></p> <p>S. 11: „Gesundheit ist öffentliche Daseinsvorsorge. Sie ist ein Bereich, den die öffentliche Hand absichern muss. Dazu gehören die ärztliche und pflegerische Versorgung, aber auch Gesundheitsschutz als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen.“</p> <p><u>Faire, kooperative Arbeitsbedingungen, feste Personalschlüssel, mehr Aus- und Weiterbildung, Personalmittel nicht zweckentfremden:</u></p> <p>S. 12: „Faire Arbeit und ein kooperatives Betriebsklima sind Voraussetzungen für gute medizinische und pflegerische Versorgung. Wir wollen, dass für besonders hygienesensible Bereiche feste Personalschlüssel festgelegt werden. Dafür muss die Per-</p>	<p><u>Ermöglichung chancengleichen Wettbewerbs aller Anbieter:</u></p> <p>S. 54: „Pflegedienste, Krankentransporte und Rettungsdienste gilt es so zu organisieren, dass ein chancengleicher Wettbewerb für kommunale, private und freigemeinnützige Anbieter ermöglicht wird.“</p> <p><u>Anwerbung von Pflegekräften aus EU und weltweit, besseres Lohnniveau, bessere Ausbildung.</u></p> <p>S. 54 f: „Angesichts des demographischen Wandels hat das Land Bremen alle Anstrengungen zu unternehmen, um einem akuten Mangel an Pflegekräften entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck sollten auch qualifizierter Arbeitskräfte mit entsprechenden Deutschkenntnissen aus dem europäischen und internatio-</p>

<sup>1</sup> Es wurden alle Textstellen recherchiert, in denen das Wort „Pflege“ vorkommt. Allerdings wurden die Passagen nicht aufgenommen, in denen es nicht um Pflege als Dienstleistung am Menschen geht. Z.B. wurde von mehreren Parteien genannt: „Bessere Grünpflege in Bremen“.

<sup>2</sup> Passagen aus dem SPD-Wahlprogramm ließen sich nicht kopieren, deshalb hier verkürzte Paraphrasierung.

<p>dungsplätze in der Altenpflege deutlich erhöhen.“</p> <p><u>Forderung an den Bund: Höhere Pflegeleistungen, schnellere Einführung neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff:</u></p> <p>S. 31: „Gleichzeitig darf auch Pflegebedürftigkeit nicht zu einem Abrutschen in Armut führen, weshalb wir auf Bundesebene eine Erhöhung der Leistungen und die schnelle Einführung des sogenannten erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriffs fordern: Es darf nicht sein, dass sich die Höhe der Pflegeleistungen in erster Linie aufgrund der körperlichen Einschränkungen bestimmt. Gerade auch Menschen mit Demenz, psychischen Erkrankungen oder geistigen Behinderungen sind eben nicht nur auf Pflege, sondern darüber hinaus auf Betreuung und Zuwendung angewiesen, was sich auch in der Höhe der Pflegeleistungen widerspiegeln muss.“</p> <p><u>Schließung ambulanter Versorgungslücke, mehr kultursensible Pflege, „Bremer Pflegeinitiative“</u></p>	<p><u>machen, Pflegekammer einführen, ehrenamtlicher Pflegebeauftragter für Bremen</u></p> <p>„Wenn aber immer mehr Menschen im Alter alleine oder weit entfernt von ihren Verwandten leben, werden immer mehr Menschen am Ende ihres Lebens auf professionelle Pflege angewiesen sein. Auch mit dieser Lebenswirklichkeit müssen wir uns auseinandersetzen und professionelle Pflege flächendeckend ermöglichen. Schon heute leidet die Pflegewirtschaft allerdings an einem spürbaren Mangel an Pflegekräften. Für die CDU Bremen ist es deshalb unerlässlich, die Attraktivität der Pflegeberufe zu stärken und mehr Selbstbestimmung der Pflegenden zu ermöglichen. Dazu gehört für uns, wenn sich die Pflegenden dafür aussprechen, auch die Einrichtung einer Pflegekammer und ein ehrenamtlicher Landes-Pflegebeauftragter, der Pflegenden und Pflegebedürftigen eine Stimme gibt.“</p> <p><u>Mehr geförderte Schulplätze für Altenpflege:</u></p>	<p>Projekt „Wohnen für Hilfe“, damit Studierende gegen Hilfe in Haushalt und Garten bei älteren Menschen wohnen können. Auch innovative Ansätze wie das „Bielefelder Modell“ zum selbstbestimmten Wohnen für Jung bis Alt sollen berücksichtigt werden. Wir werden dieses Modell zu einem „Bremer Modell“ weiterentwickeln, in dem wir „Quartierszentren“ mit einem Quartierscafé, einer 24-Stunden-Pflegeunterstützungsbereitschaft und einer Beratung durch Dienstleistungszentren, Begegnungsräumen und anderen Beratungsangebote kombinieren.“</p> <p><u>Durchlässigkeit in höhere Qualifikationen für Pflege- und Therapieberufe:</u></p> <p>S. 100: „Wir engagieren uns in der derzeit stattfindenden Debatte zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe sowie die Durchlässigkeit zu höheren Qualifikationen in den Pflege- und Therapieberufen.“</p> <p><u>In Pflege immer Selbstbestimmungsrecht mitdenken, Förderung kul-</u></p>	<p>sonalstärke wieder angehoben und die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften verstärkt werden. In der Kostenkalkulation für die Behandlungen veranschlagte Personalkosten dürfen nicht eingespart und für andere Ausgaben zweckentfremdet werden.“</p> <p><u>Reform der Pflegeleistungen, Ende der Unterversorgung, unabhängigeres Überprüfungs- und Einspruchssystem, mehr Entlastung/Unterstützung nach Krankenhausaufenthalt:</u></p> <p>S.13: „Das System der Pflegeleistungen muss reformiert werden. Die Leistungen der Pflegeversicherungen sind derzeit auf keiner der drei Pflegestufen auskömmlich. Unterversorgung und/oder erhebliche finanzielle Belastungen, für die Betroffenen selbst oder für ihre Angehörigen, sind die Folge. Wir wollen, dass Bremen sich auf Bundesebene für eine Ausgestaltung der Pflegeversicherung einsetzt, die diesen Zustand beendet. Die Anerkennung von Pflegestufen erfolgt durch den Medizinischen</p>	<p>nalen Ausland angeworben werden. Zur Steigerung der Attraktivität dieses Berufsfeldes sind außerdem Verbesserungen im Lohnniveau, der Auslastung von Arbeitskräften sowie der Qualität der Ausbildung unerlässlich. Wir meinen, dass die anspruchsvolle Arbeit in diesem Sektor auch entsprechend honoriert werden muss.</p> <p><u>Politischer Anspruch auf ausreichende Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte und Versorgungsmöglichkeiten:</u></p> <p>Es muss ein Anspruch der Politik sein, die Lebensqualität der älterwerdenden Bevölkerung durch eine ausreichende Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte und Versorgungsmöglichkeiten zu erhalten. Eine gute Versorgung im Krankheitsfall sowie eine bezahlbare und qualifizierte Pflege sind zentrale Anliegen der FDP für die Bürgerinnen und Bürger in Bremen.“</p> <p><u>Ausbau von selbständigen Hospizeinrichtungen:</u></p>
---	---	---	--	---

<p><u>fortsetzen</u></p> <p>S. 37: „Klar ist für uns dabei: Niemand darf nach einem Krankenhausbesuch hilflos nach Hause entlassen werden – deshalb arbeiten wir weiter daran, bisher bestehende ambulante Versorgungslücken zu schließen. Darüber hinaus werden wir in allen Bereichen an der Verbesserung der Pflege arbeiten und dabei auch die Aspekte der Kultursensibilität berücksichtigen. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels werden wir die „Bremer Pflegeinitiative“ fortsetzen und die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern. Die Zahl der Ausbildungsplätze in der Altenpflege werden wir jährlich deutlich erhöhen und aus EU-Mitteln finanzieren.</p> <p><u>Gemeinsame Pflegeausbildung:</u></p> <p>„Wir unterstützen eine gemeinsame, qualifizierte Ausbildung in der Alten- und Krankenpflege. Eine Bezahlung nach Tarif ist in der Alten- und Krankenpflege für uns selbstverständlich. Wir befürworten den Abschluss</p>	<p>„Im Land Bremen stehen darüber hinaus zu wenig vom Land geförderte Schulplätze im Bereich Altenpflege zur Verfügung. Jedes Jahr müssen qualifizierte Bewerber für den Beruf des Altenpflegers abgewiesen werden. Das muss sich dringend ändern. Wir treten deshalb für eine bedarfsgerechte Erhöhung der geförderten Schulplätze im Bereich Altenpflege ein.“</p> <p><u>Ja zur Wettbewerbssituation in der Pflege:</u></p> <p>S. 41: „Die Bereiche medizinische und pflegerische Versorgung werden in Bremen nicht allein vom Staat organisiert. Freigemeinnützige und privatwirtschaftliche Träger leisten einen wichtigen Beitrag zur medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bremerinnen und Bremer. Durch die Wettbewerbssituation profitieren Patientinnen und Patienten von medizinischen Fortschritten und die Versorgungsqualität steigt an. Wir wollen deshalb im Rahmen der Landeskrankenhausplanung faire Wettbewerbsbedingungen für alle Einrichtungen schaffen.“</p>	<p><u>turspezifischer Angebote:</u></p> <p>S. 104 ff: „Unterstützung und Pflege</p> <p>Auch in den nächsten Jahren wird die Zahl der Menschen zunehmen, die Unterstützungs- und Pflegeleistungen dauerhaft oder zeitlich begrenzt benötigen. Für uns Grüne gilt, dass Pflege bedarfsgerecht und mit hoher Qualität erbracht werden muss und dabei immer das Selbstbestimmungsrecht des zu unterstützenden Menschen zu wahren ist. Wir setzen uns für die Förderung eines kulturspezifischen Pflegedienstleistungsangebots für die älter werdende Bevölkerung mit Migrationshintergrund ein. Wir Grünen haben in den letzten vier Jahren großen Wert darauf gelegt, im Vorfeld der Pflegebedürftigkeit Unterstützung zu organisieren, indem wir Beratungsangebote ausgeweitet oder erhalten haben. Wir haben Wohnen mit Unterstützung in der eigenen Wohnung gefördert und eine Umsteuerung durch Vereinbarungen mit Heimträgern über den Abbau von stationären Plätzen zugunsten ambulan-</p>	<p>Dienst der Krankenkassen, Widersprüche dagegen entscheiden ebenfalls die Krankenkassen selbst. Wir wollen, dass der Senat sich einsetzt für eine faire und korrekte Zuweisung von Leistungen und für ein unabhängiges Überprüfungs- und Einspruchssystem, bei dem die Betroffenen nicht das Gefühl haben müssen, gegen etwaige Willkürentscheidungen nicht wirksam vorgehen zu können. Wer aus stationärer Behandlung nach Hause entlassen wird, braucht zusätzliche Unterstützung und Entlastung. Auch dafür ist derzeit nicht ausreichend gesorgt.“</p> <p><u>Gegen Kürzung der Uni-Mittel für Gesundheitswissenschaften und Psychologie, Weiterentwicklung der Pflegewissenschaft:</u></p> <p>S. 20: „Die Gesundheitswirtschaft ist ein bedeutender und schnell wachsender Sektor. Im Gesundheits- und Sozialwesen zusammen arbeiten im Bundesland Bremen 12 Prozent aller sozialversichert Beschäftigten (rund 34 000 Beschäftigte, etwa die Hälfte davon in Krankenhäusern und</p>	<p>S. 57: „Neben der ambulanten Hospizbetreuung und der Versorgung Sterbender in Pflegeheimen, sind ausreichend stationäre Hospize und Kinderhospize notwendig. Wir begrüßen, dass die Plätze in den Einrichtungen in der Vergangenheit ausgeweitet wurden und so neue Angebote entstehen konnten. Zugleich sehen wir, insbesondere in Bremerhaven, einen weiter steigenden Bedarf durch Menschen, deren Versorgung zu Hause nicht zu leisten ist. Wir wollen einen weiteren Ausbau von selbstständigen Einrichtungen, in denen Sterbende mit familiärem Charakter und dem eigenständigen Versorgungsauftrag gepflegt und auf ihrem letzten Weg begleitet werden.“</p>
--	---	---	--	--

<p>eines Tarifvertrages in der Pflege und setzen uns für dessen Allgemeinverbindlichkeit ein.“</p>		<p>ter Angebote begonnen. Zur Verbesserung der Pflege haben wir uns an der Bremer Pflege-Initiative beteiligt, die Zahl der Ausbildungsplätze in der Altenpflege wurde um die Hälfte erhöht und die Altenpflegeausbildung ist jetzt auch bei ambulanten Diensten möglich.</p> <p><u>Pflege im Quartier organisieren, vor Ort 24-h-Versorgungssicherheit schaffen, Modell der „Persönlichen Assistenz“ ausbauen:</u></p> <p>Versorgung im Quartier</p> <p>Auch künftig wird die Förderung von ambulanten und miteinander verzahnten Unterstützungs-, Pflege- und Betreuungsangeboten eine entscheidende Grundlage sein. Unverzichtbar ist für uns eine wohnortnahe, integrierte Versorgung im Quartier, denn dies entspricht mehrheitlich den Wünschen der Pflegebedürftigen. Dies gilt meistens auch dann, wenn Menschen eine palliative oder hospizliche Begleitung benötigen und wird von uns Grünen ausdrücklich unterstützt. Ambulante Unterstützung muss die</p>	<p>Pflegeheimen). Umso verständlicher ist es, dass der Senat sowohl bei den Gesundheitswissenschaften kürzen will als auch den Studiengang Psychologie in Frage stellt. Sowohl die Ausbildung von Psycholog*innen und Psychotherapeut*innen als auch die Bereiche der Pflegewissenschaft und der Medizintechnik sind stattdessen weiterzuentwickeln und die Verbindung mit den angewandten Bereichen zu stärken.“</p> <p><u>Verstärkte Maßnahmen gegen Belastungen in Frauenberufen, bessere öffentliche Infrastruktur zur Entlastung dieser Berufe:</u></p> <p>S. 24: „Die Belastungen am Arbeitsplatz werden in Berufen und Branchen, wo überwiegend Frauen arbeiten, nicht genügend ernst genommen. Maßnahmen gegen psychosoziale Belastungen in sozialen, gesundheitswirtschaftlichen oder erzieherischen Berufen sollen ebenso verstärkt werden wie Maßnahmen gegen den hohen physischen Leistungsdruck in Pflege- und Reinigungsberu-</p>	
--	--	---	---	--

		<p>gleiche Versorgungssicherheit bieten wie stationäre Pflege. Daher werden wir in den Quartieren 24-Stunden-Rufbereitschaften einrichten. Um für mehr Menschen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung zu gewährleisten, wollen wir das Modell der „Persönlichen Assistenz“ ausbauen.</p> <p><u>Demenzprojekte unterstützen, Gegen Gewalt in der Pflege durch stärkere Kontrolle von Pflegeeinrichtungen:</u></p> <p>Die Zahl der Menschen mit Demenz wird auch künftig weiter ansteigen. Auch Demenztote sollen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrem Quartier leben können. Dafür wollen wir Initiativen, Projekte und Aktionen sowie deren Vernetzung unterstützen, die sich für einen respektvollen und unterstützenden Umgang mit Betroffenen und deren Angehörigen einsetzen. Leider werden Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, auch Opfer von Gewalt. Wir setzen uns deshalb für eine stärkere Kontrolle von Pflegeeinrichtungen und für Gewaltschutzmaß-</p>	<p>fen.“          (...) „Die Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt erfordert den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur für Kinderbetreuung, Erziehung und andere »Sorgetätigkeiten«: Kinder- und Hortversorgung; U3-Angebote in allen Stadtteilen; Förderung migrantischer Träger in der U3-Betreuung; Entlastung der Familien von häuslicher Unterrichts-Nachbereitung durch Ganztagschulen und Unterrichtsreform; Entlastung der Familien von häuslichen Pflegeleistungen sowie eine kindersichere und kinderfreundliche Verkehrsstruktur, die unbeaufsichtigtes Spielen und selbstständige Mobilität erlaubt.“</p> <p><u>Private Pflegearbeit für bessere Alterssicherung verstärkt berücksichtigen:</u></p> <p>S. 26: „Wir fordern eine bessere Alterssicherung – eine armutsfeste Rente – im Alter. Um das zu gewährleisten, fordern wir einen von den Gewerkschaften unterstützten Mindestlohn für alle Werk tätigen, den Abbau von prekärer Beschäftigung und Leiharbeit</p>	
--	--	---	--	--

		<p>nahmen ein.</p> <p><u>Höhere Anerkennung privater Pflege, Qualitätssicherung privat geleisteter Pflege entwickeln:</u></p> <p>Anerkennung der Pflegedienstleistungen</p> <p>Ein Großteil von Pflegeleistungen wird immer noch im familiären Umfeld erbracht. Dieses Engagement ist wertzuschätzen, insbesondere weil dies für viele Angehörige – besonders Frauen – eine hohe körperliche wie psychische Belastung bedeutet. Wir setzen uns hier für die Anerkennung der Leistung und für Unterstützungssysteme ein. Wir wollen erarbeiten, wie die Qualität der ehrenamtlich/familiär erbrachten Pflege so gesichert werden kann, dass diese Maßnahmen als Beratung und Unterstützung erlebt werden.</p> <p><u>Mitwirkung des Pflegeberufs an der Systemgestaltung, Stimmrecht der Pflege in allen relevanten Bremer Entscheidungsgremien, Prüfung</u></p>	<p>und eine stärkere Berücksichtigung der Kindererziehungs- und Pflegearbeit.“</p> <p><u>Ausreichende staatliche Finanzierung von Krankenhäusern, Alters- und Pflegeheimen, Gegen Privatisierung, öffentliche Kontrolle der Einrichtungen, fachlich gebotene Betreuungsschlüssel, tarifliche Bezahlung:</u></p> <p>(...) „Wir LINKEN stehen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ eine solidarische und bedarfsgerechte Gesundheitspolitik, d. h. ausreichend staatliche Finanzierung der Krankenhäuser, Alters- und Pflegeheime (Keine Privatisierung!);</li> <li>■ eine öffentliche Daseinsvorsorge und Kontrolle der Einrichtungen;</li> <li>■ eine Pflege in Würde, aber auch ein selbstbestimmtes Sterben in Würde (Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht).</li> </ul> <p>Um all das sicherzustellen, benötigen wir fachlich gut ausgebildetes, tariflich bezahltes und in einem fachlich gebotenen Betreuungsschlüssel eingestelltes Personal.“</p>	
--	--	--	---	--

		<p><u>von Aufgaben/Vorteilen einer Pflegekammer:</u></p> <p>Bessere Bedingungen für gute Pflege</p> <p>Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind zu verbessern. Um den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, dass Pflegende bei der Systemgestaltung mitwirken können. Deshalb fördern wir die Einbindung der professionellen Pflege in die kommunalen und landesweiten Entscheidungsgremien der Selbstverwaltung mit Stimmrecht. Außerdem wollen wir prüfen, welche Aufgaben und Vorteile eine Pflegekammer unter bremsenden Bedingungen haben könnte.</p> <p><u>Bessere Integration zugewanderter Pflegefachkräfte, mehr Ausbildungsplätze in Alten- und Krankenpflege:</u></p> <p>Dringend nötig ist für uns auch die bessere Integration von Fachkräften aus EU-Mitgliedsstaaten und Drittstaaten. Um dem drohenden Fachkräftemangel zu begeg-</p>	<p><u>Barrierefreies Wohnen fördern, Schließung ambulanten Versorgungslücke nach Krankenhaus-aufenthalt, Teilhabe für Ältere</u></p> <p>S. 26: „Die meisten älteren Menschen wohnen zu Hause in normalen Wohnungen, wo sie auch bleiben wollen. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ barrierefreie Gestaltung von bezahlbaren Wohnungen;</li> <li>■ barrierefreie und behindertengerechte Straßen, Gehwege und Zugangsmöglichkeiten zu allen Gebäuden;</li> <li>■ ausreichend lange Grünphasen an Verkehrsampeln;</li> <li>■ gute Beleuchtung von Straßen und Plätzen;</li> <li>■ wohnortnahe und bedarfsgerechte Bereitstellung von Hilfs- und Versorgungsleistungen (betreutes Wohnen zu Hause, Pflegestützpunkte, Schließung der ambulanten Versorgungslücke nach Krankenhausbehandlung).</li> </ul> <p>Wir setzen uns für eine soziale, gerechte und solidarische Gesellschaft ein, für uns Ältere und die nachfolgenden Generationen, damit alle in Würde leben und an Kultur, Kommunikation und Bildung</p>	
--	--	--	--	--

		<p>nen, wollen wir die Zahl der Ausbildungsplätze in der Alten- und Krankenpflege erhöhen. Zudem wollen wir prüfen, ob in Bremen ein Programm zur Nachqualifizierung von Hilfskräften zu Fachkräften aufgelegt werden kann.</p> <p><u>Größerer Einfluss der Kommunen auf Pflegeinfrastruktur, Ablehnung des Ausbaus von vollstationären Pflegeheimen:</u></p> <p>Wir Grünen wollen einen stärkeren Einfluss der Kommunen auf die Infrastruktur der Pflegeversorgung. Wir wollen neue Unterstützungsformen bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit fördern und lehnen den ungehemmten Ausbau von vollstationären Pflegeheimen ab.</p> <p><u>Pflegeberichterstattung einführen, pflegerische Bedarfsplanung einführen, Ausbau Pflegestützpunkte:</u></p> <p>Wir fordern eine regelmäßige Pflegeberichterstattung und eine darauf basierende Bedarfsplanung pflegerischer Versorgungsstrukturen. Wir</p>	<p>teilhaben können.“</p> <p><u>Kultursensible Pflege-, Gesundheits- und Sozialstrukturen:</u></p> <p>S. 35: „Die ehemaligen »Gastarbeiter*innen« gehen auf das Rentenalter zu, die Renten sind aber dreimal häufiger nicht existenzsichernd und die Kranken- und Pflegeversicherungsleistungen immer spärlicher. Ältere Migrant*innen benötigen daher ergänzende, unterstützende und kultursensible Pflege-, Gesundheits- und Sozialstrukturen.“</p>	
--	--	--	---	--



		<p>setzen uns für den Ausbau der Pflegestützpunkte ein. Aufsuchende, pflegefachliche Beratung im Einzelfall muss verstärkt von dort aus möglich werden.</p> <p><u>Heilkundeübertragung an Pflege beginnen, Prüfung einer neuen Aufgabenverteilung der Gesundheitsberufe:</u></p> <p>Die Übertragung der Heilkunde auf Pflegefachkräfte ist inzwischen in bestimmten Bereichen möglich. Wir Grünen setzen uns für eine schnellstmögliche praktische Umsetzung dieser empfohlenen Modellvorhaben in Bremen ein. Dafür müssen umgehend pflegerische Ausbildungsinhalte angepasst und die Leistungsverträge zwischen den Krankenkassen und den Leistungserbringern abgeschlossen werden. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie eine sinnvollere, effizientere Aufgabenverteilung unter allen Gesundheitsberufen auf Bundes- und Landesebene möglich wäre.</p> <p><u>Ausbildungsstandards ausbauen, Entprofessio-</u></p>		
--	--	--	--	--

		<p><u>nalisation der Pflege ablehnen, Pflege aufwerten bzgl. Selbständigkeit und Finanzierung, Ja zur Mindestpersonalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeheimen:</u></p> <p>Wir wollen hohe Ausbildungsstandards in der Pflege erhalten. Diese müssen schon bald deutlich ausgebaut werden. Bremische Standards in der Ausbildung und in den Berufen der Pflege dürfen nicht hinter Bundesstandards zurückfallen. Den Trend zur Entprofessionalisierung der Pflegearbeit aus Kostengründen lehnen wir ab. Der Pflege im Krankenhaus muss für den Heilungsprozess eine größere Bedeutung zukommen. Viele Operationen könnten vermieden und der Heilungsprozess besser organisiert werden, wenn der Pflegebereich eigenständig die Genesungsprozesse organisieren könnte. Die Finanzierung über diagnosebezogene Fallgruppen muss erforderliche Pflegeleistungen besser berücksichtigen. Wir setzen uns für rechtliche Rahmenseetzungen zur Mindestpersonalbemessung in Krankenhäusern und Pflege-</p>		
--	--	--	--	--

		<p>geheimen ein.</p> <p><u>Höhere Leistungen der Häuslichen Krankenpflege nach SGB V:</u></p> <p>Die Patientinnen und Patienten müssen mit der nötigen Unterstützung besser auf ihre Entlassung vorbereitet werden. Das gilt sowohl für die benötigten Hilfsmittel, eventuelle Wohnungsanpassungen eingeschlossen, als auch für die häusliche Krankenpflege. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die Ansprüche an die Krankenversicherung auf „Häusliche Krankenpflege“ auszuweiten.“</p> <p><u>Pflege und Eingliederungshilfe zu einem System zusammenführen und zu Recht der sozialen Teilhabe weiterentwickeln:</u></p> <p>S. 109: „Pflege und Eingliederungshilfe müssen dafür zu einem Unterstützungssystem zusammengeführt werden. Auf Bundesebene sind wir aktiv an der Reform der Eingliederungshilfe beteiligt. Sie soll zu einem umfassenden Recht auf soziale Teilhabe</p>		
--	--	---	--	--

		<p>ausgebaut werden.“</p> <p><u>Gegen unbezahlte Pflege von Frauen:</u></p> <p>S. 128: „Ein Schwerpunkt grüner Politik liegt auf der eigenständigen Existenzsicherung für Frauen. Deshalb werden wir weiter gegen prekäre Arbeit, Wiedereinstiegs- hürden, unbezahlte Pflege in der Familie und das Ehegattensplitting kämpfen.“</p> <p><u>Schwule und Lesben in Pflegebedarfsplanung berücksichtigen:</u></p> <p>S. 131: „Lesben und Schwule werden wie alle Bremerinnen und Bremer älter. Wir Grünen setzen uns deshalb für die Berücksichtigung der lesbischen und schwulen Seniorinnen und Senioren in der städtischen Pflegebedarfsplanung ein und unterstützen gleichgeschlechtliche Alterswohngemeinschaften.“</p>		
--	--	---	--	--